

## Auszug aus der vorläufigen Niederschrift

|   |  |                                       |
|---|--|---------------------------------------|
| <b>Beschlussvorlage</b><br>öffentlich   |  | <b>SV-Nr.: WP 14-20 SV<br/>61/204</b> |
| <b>Betreff:</b> Preisgedämpfte Miete in Hilden:<br>Antrag der SPD-Fraktion vom 13.06.2018 |  |                                       |

14.11.2018 **Wirtschafts- und  
Wohnungsbauförderungsausschuss**

**TOP 5**

### **Antrag der SPD auf Änderung der vorgelegten Antragsvorlage**

Herr Daniels modifiziert den Antrag und erhebt den in den Erläuterungen unter 1 bis 6 formulierten Vorschlag zum SPD-Antrag; jedoch mit der Änderung, dass der Stichtag der Festsetzung der Nettokaltmiete von 8,75 € vom 1.5.2017 auf den 1.5.2018 zu verschieben sei, damit der Zeitraum für mögliche Mieterhöhung erst dann zu laufen beginnt (vgl. Ziffer 1-6 der Sitzungsvorlage).

Es entsteht eine Diskussion um den Umgang mit dem Thema preisgedämpfte Mieten.

Herr Schlottmann spricht sich für die CDU gegen zusätzliche Bürokratie aus und kündigt eine Ablehnung des Antrags an. Die Schaffung preisgedämpften Wohnraums solle jeweils in einer Einzelfallbetrachtung entschieden werden.

Herr Knak schließt sich dieser Haltung an – es gelte, keine generellen Hürden für den Wohnungsneubau aufzubauen. Zudem vertraue er der Verwaltung, in Einzelfallbetrachtungen gute Lösungen zu erarbeiten.

Herr Wackerzapp gibt für die FDP zu bedenken, dass Empfänger mittelhoher Einkommen über noch höhere Mieten der frei vermietbaren Wohnungen noch stärker belastet würden, um die fehlenden Einnahmen im preisgedämpften Bereich für die Vermieter auszugleichen.

Herr Krüger, Allianz, hält nach eigenen überschlägigen Berechnungen Nettokaltmieten von unter 10,- € für private Investoren als nicht auskömmlich, so dass nur größere Bauträger in der Lage seien, preisgedämpfte Mieten zu realisieren.

### **Antrag Bürgeraktion**

Herr Reffgen begrüßt die Behandlung des Themas in öffentlicher Sitzung und stellt den Antrag, die Nettokaltmiete von 8,75 € auf 8,00 € zu reduzieren und den Stichtag der Festsetzung der Miete vom 1.5.2017 auf den 1.5.2018 zu verschieben (vgl. Ziffer 1-6 der Sitzungsvorlage).

### Abstimmungsergebnis:

Der Vorsitzende ließ über den Antrag der Bürgeraktion abstimmen. Ergebnis: **mehrheitlich abgelehnt** (eine ja-Stimme: Bürgeraktion; eine Enthaltung: Grüne; zehn nein-Stimmen: CDU, SPD, FDP, Allianz).

Der Vorsitzende ließ über den modifizierten SPD-Antrags abstimmen. Ergebnis: **mehrheitlich abgelehnt** (fünf ja-Stimmen: SPD, Grüne; sechs nein-Stimmen: CDU, FDP, Allianz, eine Enthaltung: Bürgeraktion).